



S P D – Fraktion im Rat der Stadt Brilon
Postfach 1652 59929 Brilon–Stadt

SPD Fraktion im Rat der Stadt Brilon Postfach 1652, 59929 Brilon

An den
Bürgermeister der Stadt Brilon
Herrn Dr. Christof Bartsch
Am Markt 1
59929 Brilon

11.05.2021

Nr. 2021-05-02

Antrag der SPD Fraktion im Rat der Stadt Brilon

Verlängerung der Anhörungs- bzw. Einwendungsfrist zum geplanten Vogelschutzgebiet bis zum 30.09.2021 sowie Ansetzung einer Präsenzveranstaltung mit Aussprachemöglichkeit zu diesem Thema.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bartsch,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Januar dieses Jahres wurde das Anhörungsverfahren zur Meldung des Europäischen Vogelschutzgebietes „Diemel- u. Hoppecketal mit Wäldern bei Brilon und Marsberg“ an die EU-Kommission eingeleitet.

In einer Videokonferenz am 24.03.21 wurde diese Planung mit der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, Frau Ursula Heinen-Esser besprochen, dass die Frist für Stellungnahmen zunächst auf den 30.06.2021 verlängert wird.

Dabei wurde festgelegt, eine Präsenzveranstaltung am Montag, den 17.05.2021 in Marsberg-Giershagen mit den Ortsvorstehern und Ortsvorsteherinnen der betroffenen Orte sowie den Damen und Herren der jeweiligen Stadträte und der interessierten Öffentlichkeit durchzuführen. Pandemiebedingt musste dieser Termin leider abgesagt werden.

Die SPD-Fraktion beantragt nunmehr eine Verlängerung der Anhörungsfristen.

2.)



Begründung:

Bei dem in der Öffentlichkeit heftig diskutierten und umstrittenen Vogelschutzgebiet muss Transparenz und die Beteiligung der Öffentlichkeit oberstes Gebot sein, um eine Akzeptanz für das geplante Vorhaben zu erreichen.

In einer durch den Hochsauerlandkreis und die Städte Brilon und Marsberg in Auftrag gegebenen, rechtlichen Bewertung werden durch den beauftragten Rechtsanwalt gravierende Bedenken zu dem bisherigen Verfahren geäußert.

Diese Bedenken müssen abgeklärt und mit allen am Verfahren Beteiligten ausführlich erörtert werden. Eine geplante Podiumsdiskussion in digitaler Form dürfte, hinsichtlich der weitreichenden Konsequenzen und der vielschichtigen Fragestellungen, nicht den angemessenen Rahmen darstellen. Bei dieser Veranstaltungsform sind die Möglichkeiten von Anfragen und Anregungen Betroffener gering.

Wir bitten daher die Verwaltung, darauf hinzuwirken, dass ein Termin für eine Präsenzveranstaltung mit der Ministerin, Frau Ursula Heinen-Esser angesetzt wird, sobald die Infektionslage dieses erlaubt. Daraus ergibt sich eine Verlängerung der Anhörungs- bzw. Einwendungsfrist zunächst bis zum 30.09.2021, welche ebenfalls zu beantragen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hubertus Weber
Fraktionsvorsitzender

Heinz-Gerd Gehling
Fraktionsgeschäftsführer